

Leserbriefe

32

Zur Barrierefreiheit in der Gastronomie:

Es ist so einfach

Seit fast zwei Jahrzehnten informiert das Echo in unterhalt-samer und anregender Weise über gastronomische Angebote in der Stadt und im Umland. Sicherlich hat die wöchentliche Kolumne Dippegucker schon so manchen Ausflug und Res-taurantbesuch inspiriert. Man sollte daher meinen, dass die Gastwirte die Kritiken auf-merksam lesen, um beim nächsten Test möglichst gut da-zustehen. Da ist es verwunder-lich, dass die Frage nach der Barrierefreiheit immer noch sehr selten mit „ja“ beantwor-tet werden kann, wie im letz-ten Beitrag lobenswert für das Jia Yao Wu in Darmstadt.

Woran liegt das? Ist es Igno-ranz, innere Abwehr, Trägheit oder Angst vor den Kosten? Wollen die Gastwirte das wachsende Potenzial der zahlungskräftigen Alten nicht voll erschließen? Dabei muss es doch nicht immer gleich die perfekte Lösung mit Aufzug, Extratoilette usw. sein. Das Wichtigste ist ein barrierefreier Zugang. Oft schafft schon eine aus ein paar Brettern zusam-mengenagelte Rampe zur Überwindung einer Stufe Ab-hilfe, gutes Beispiel ist das Café Bauer in Grasellenbach. Auch ein Schild mit Hinweis auf einen barrierefreien Nebenein-gang ist nützlich, gutes Bei-spiel: Waldhotel Habermanns-kreuz in Erbach. Man könnte auch auf der Homepage auf solche Hilfe hinweisen, viel-leicht sogar mit einem Foto in der Galerie. Es ist so einfach. Man muss nur wollen, liebe Gastwirte.

Konrad Probsthain
Groß-Umstadt

Zu einem Bewährungsurteil des Frankfurter Landgerichts:

Falsches Urteil

Wer schützt uns vor brutalen Schlägern und fürchterlichen Richtern? Ein 50-jähriger Vater und sein 21 Jahre alter Sohn, die in der Frankfurter Fußgän-gerzone einen Passanten durch Schläge und Tritte verletzten, sodass das Opfer gegen ein Auto und den Bordstein stieß und lebensgefährliche Kopf-verletzungen erlitt, wurden vom Landgericht Frankfurt zu Bewährungsstrafen verurteilt. Ist das nicht für andere Schlä-gertypen geradezu eine Auffor-derung zur Tat? Wer zieht sol-che Richter zur Verantwor-tung? Ist hier nicht auch die Staatsanwaltschaft gefragt?

Rüdiger Harrer
Darmstadt

KONTAKT

- Wir können nur Leserbriefe berücksichtigen, die uns über das Online-Formular unter www.echo-online.de/leser-brief oder www.main-spit-ze.de/leserbrief erreichen.
- Die an dieser Stelle veröffent-lichten Briefe stellen die Mei-nung des Einsenders dar. Wir behalten uns das Recht einer sinnwahren Kürzung vor.
- Die Zuschriften dürfen die Länge von 1800 Zeichen nicht überschreiten.
- Aufgrund der Fülle an Einsen-dungen können wir nicht alle Zuschriften veröffentlichen. Ein Recht auf Abdruck eines Leserbriefes besteht nicht.
- Nicht abgedruckt werden Leserbriefe mit volksverhetzen-den, rassistischen und anderen rechtswidrigen Inhalten.

»Ist es Ignoranz, innere Abwehr, Trägheit oder Angst vor den Kosten? Wollen die Gastwirte das wachsende Potenzial der zahlungskräftigen Alten nicht voll erschließen?«

Leser Konrad Probsthain
zur seltenen Barrierefreiheit in der Gastronomie

Zur SPD-Idee, ein „Windbür-gergeld“ einzuführen:

Wind und Wut

Um die Akzeptanz von Wind-kraftanlagen in der Bevölke-rung zu erhöhen, plädiert die SPD für ein sogenanntes „Windbürgergeld“. Die phone-tische Verwandtschaft zu „Wutbürgergeld“ ist sicher rein zufällig. Dieses Geld soll Bür-gern als Entschädigung gezahlt werden, die in der Nähe exis-tierender oder geplanter Wind-parks leben.

Die SPD nennt es „Anreiz“, für mich ist es „Schmerzengeld“. Denn die betroffenen Bürger bezahlen mit ihrer Ge-sundheit (Infraschall), dem massiven Wertverlust ihres An-

wesens (Abstandsregelung), der Akzeptanz von Land-schafts- und Umweltzerstörung sowie der Aufgabe ihres bür-gerlichen Klagerechtes gegen eben diese Windkraftanlagen.

Nach einer Civey-Umfrage vom 3. Januar 2020 lehnt eine deutliche Mehrheit von 59 Pro-zent der Befragten den SPD-Vorstoß ab. Offenbar schwin-det die Akzeptanz der Wind-kraft in der Bevölkerung zu-nehmend, sonst wäre kein fi-nanzieller Anreiz notwendig.

Die Menschen verstehen, dass Deutschland das Weltkli-ma nicht retten kann, aber je-rüdes zusätzliche Windrad zu noch höheren Strompreisen führen wird und dass mit Wind und Fotovoltaik alleine kein stabiles, grundlastfähiges

Stromnetz möglich ist. Die jüngsten regionalen Übungen des THW zur Vorbereitung auf einen großflächigen Blackout sprechen eine deutliche Spra-che.

Andere Länder agieren realis-tischer: Schweden, die Heimat von Greta Thunberg, erzeugt 43 Prozent seines Stroms aus Atomkraft. In Frankreich sind es über 70 Prozent – und alles CO₂-neutral! Auf Atomstrom-Importe wird Deutschland nach Abschaltung aller hiesi-gen AKWs angewiesen sein, wenn es keinen Blackout er-leben will. Denn bei Windstille gilt nach wie vor: 30000-mal null ist null!

Ulrich Lunk
Erbach

Zur Debatte über ein neues Organspendegesetz:

Leben geben

Die Widerspruchslösung bei der Organspende (jeder gilt als potenzieller Spender, wenn er nicht zu Lebzeiten widerspro-chen hat) ist längst überfällig. Jeder sollte den ethischen An-spruch an sich selbst haben, an-deren ein Leben zu schenken, wenn er nicht mehr ist. Nicht nur nehmen, auch geben, soll-te in einer gut funktionierenden Gesellschaft dazu gehören. Lei-der ist es bei uns so, dass nur das eigene Wohl zählt und nach mir die Sintflut. Traurig.

Katja Bog
Pfungstadt

THEMEN

- Windenergie
- Rente
- Klimawandel und die junge Generation
- Barrierefreiheit
- Urteil in Frankfurt
- Organspende
- Digitalministerium in Hessen

Zum neuen Amtssitz der hessi-schen Digitalministerin Kristina Sinemus:

Palast Sinemus

Da kann man ja der Landtags-fraktion der FDP nur danken für die Anfrage zu diesem Im-mobiliendeal der Regierung, aber natürlich auch Ihnen, das so etwas öffentlich gemacht wird. Jetzt müssten natürlich zusätzlich zur horrenden Miete noch die Gesamtkosten für die-sen „Palast Sinemus Digitalis“ gelegentlich recherchiert und offen gelegt werden (d. h. für Herrichtung der Räume, Mit-arbeiterumzug etc.).

Ministerpräsident Bouffier und alle zustimmenden Partei-en, sind offensichtlich sehr überzeugt von den Zielsetzun-gen und dem Konzept der neu-en Ministerin, um ihr dann so-gleich einen ganzen Palast mit 108 Personen Hofstaat bereitzu-stellen. Da kann man nur ge-spannt sein, ob diese Dame auch durch Leistung überzeugt.

Bitte bleiben Sie am Ball und berichten Sie regelmäßig über Ziele, Aufgaben und insbeson-dere Kosten bzw. erbrachte Er-gebnisse dieses zukunftsge-wichtigen Ministeriums. Das Thema Digitalisierung ist für al-le Politiker mehr als aktuell, die fachliche Umsetzung müssen sie Fachleuten übertragen und für die Bewertung dann sehr oft Gutachter einsetzen. Von wo aus geht das besser als aus einem Palast?

Erich Ludwig
Flörsheim

»Jeder sollte sei-ne zu erwartende Rentenerwartung selbst errechnen können, denn nur das schützt vor Enttäuschun-gen.«

Leser Norbert Böttcher
zum Thema Rente

Zur Rente:

Flexible Lösung

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban, wirbt für ein generell erhöhtes Renteneintrittsalter. Gleichzei-tig bemerkt er aber, dass ein Zimmermann mit 70 Jahren nicht mehr auf dem Dach ste-hen und arbeiten kann, ein Professor aber sehr wohl noch dozieren kann. Warum macht es sich die Junge Union so kompliziert? Warum nicht eine Grundrente für alle, die 40/45 Jahre in die Rente eingezahlt haben? Wer weniger Jahre vor-weisen kann, erhält weniger und wer mehr Jahre vorwei-sen kann, erhält mehr. Dies wäre eine gerechte Lösung für alle, aber wahrscheinlich viel zu einfach für einen Politiker seiner Generation.

Klaus Rückert
Darmstadt



Die Klimaproteste werden von einer weltweiten Bewegung vorwiegend junger Menschen getragen. Unser Foto zeigt eine Demonstrantin in Argentinien, die sich ein Känguru im Feuer aufs Gesicht gemalt hat und damit vor der australischen Botschaft in Buenos Aires gegen die Klimapolitik Australiens protestiert. Die Rauchfahne der verheerenden Brände auf dem Fünften Kontinent hat mittlerweile Südamerika erreicht. Zum Leserbrief von Markus Landzettel. Foto: dpa

»Dank unserer Jugend erleben wir heute Histo-risches für die Menschheit: ein neues soziales Engagement, parteilos und ohne Ideologie.«

Leser Markus Landzettel
zu „Fridays for Future“

Zum Klimawandel und zur Ver-antwortung der jungen Gene-ration:

Junge Weltbürger

Der Umgang mit dem Thema Klimaveränderung ist durch die „Fridays for future“-Aktivitäten für viele Mitbürger schwieriger geworden, wenn man sich per-sönlich angegriffen fühlt. Häuf-ig wird dann die junge Genera-tion diffamiert. Es ist wohl ein-facher, sein Gewissen mit einer Geldspende um die Weih-nachtszeit zu beruhigen, als in den ernsthaften Dialog mit den berechtigten Zukunftsängsten

der jungen Generation einzu-steigen.

Oft wird dabei übersehen, dass die Klimakatastrophen und die Umweltzerstörung zu-sammenhängen und von den gleichen Auslösern verursacht werden: unter anderem von der Ausbeutung von Menschen und Natur mit dem Ziel der Ge-winnmaximierung, Machtstre-ben, von mangelndem Weit-blick, fehlendem Verantwor-tungsgefühl.

Es gibt Versuche, die junge Schwedin Greta Thunberg gegen Wenie auszuspielen, die auf dem Unicef-Foto des Jahres 2019 abgebildete junge Müll-

sammlerin aus Manila. Dabei sind sie beide Opfer dieser durch die Menschheit verur-sachten Klimaveränderung und Umweltzerstörung. Bei der einen sieht man das in sehr trauriger Konsequenz jetzt schon, der anderen droht dies aber auch noch in noch nicht absehbarer Weise.

Nun könnte das beschriebene Szenario eines Hitzekollapses der Erde lähmen, gleichgültig und depressiv machen. Aus der Angst wurde aber Handeln mit der Vision, die Zukunft zu ret-en. Dank unserer Jugend er-leben wir heute Einzigartiges und Historisches für die Mensch-

heit: ein neues soziales Engage-ment, parteilos und ohne Ideo-logie. Endlich bündeln die jun-gen Menschen ihre Kräfte und werden zu echten Weltbürgern.

Damit korrigiert sich die Sicht auf die angeblich unpolitische und stark mit sich selbst be-schäftigte und lediglich nach schneller Befriedigung des Spaßbedürfnisses strebende Generation. Es ist ein großer Verdienst der „Fridays for Fu-ture“-Bewegung, Jugendliche und die Gesellschaft wache-rüttelt und aktiviert zu haben.

Markus Landzettel
Darmstadt

Zur Rente:

Arme Rentner

Und wieder werden die Rent-ner zur Kasse gebeten. Heute habe ich einen Brief meiner Krankenkasse erhalten, dass meine Beiträge für meine Al-tersvorsorge schon wieder er-höht werden. Inzwischen be-zahle ich neben den Beiträgen aus meiner regulären Rente noch zusätzlich fast 400 Euro aus meiner Betriebsrente und einer kleinen Lebensversiche-rung. Die Beitragserhöhung be-trägt knapp 30 Euro monatlich, die meine überwiesene Rente weiterhin reduziert.

Wie soll das weitergehen? Warum gibt es keine Institu-tion, die sich für uns Rentner

Zur Rente:

Herumgeschraubt

An unserem Rentensystem haben viele Politiker aller Re-gierungsparteien herumge-schraubt, ohne zu wissen, was sie damit an Problemen verursachen. Auch in der Be-völkerung hat zum Thema Rente das Stammtischwissen die Oberhand. So werden Milliarden Euro an Fremd-entnahmen beklagt, für die deut-sche Einheit, die Zuwande-rung Fremder und vieles mehr, was unsere Kasse schmälert, statt zu schauen und aufzuklären, wie dieses System funktioniert.

Nur wer die Stellschrauben im Detail kennt, kann diese

auch positiv umgestalten, oh-ne Schaden am System zu verursachen. Leider ist die Bereitschaft, sich im Thema weiterzubilden, sehr gering, da es Mühe kostet. Meine Re-cherchen zeigen, dass ein Eck-Rentner mit 45 Entgelt-punkten, einer Betriebsrente in Höhe von 350 Euro und jährlicher Steigerung von einem Prozent sowie einer Direktlebensversicherung in Höhe von 30000 Euro von Anfang 2009 bis einschließ-lich 2018 insgesamt 40000 Euro durch die Beschlüsse der Agenda 2010 verloren hat. Davon 23 500 Euro durch Ab-senkung des Wertes für den Entgeltpunkt und circa 16 500 Euro durch die Beschlüsse, die Veränderungen bei den

Sozialleistungen ab 2004 fest-legten; insbesondere bei den Betriebsrenten.

Wer also für sein Alter vor-sorgte, indem er zum Beispiel dem Rat der Politik folgte und eine Direktversicherung über den Arbeitgeber abschloss, verliert aufgrund der Sozial-abgaben ein Fünftel seiner Nettoersparnisse. Der Ries-flopp ist da noch harmlos, aber auch schmerzlich ge-nug.

Jeder sollte seine zu erwar-tende Rente selbst errechnen können, denn nur das schützt vor Enttäuschungen. Die ret-tende Hand ist am Ende des eigenen Armes!

Norbert Böttcher
Riedstadt